



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 030 890

OD/X/17 - 19. 9. 1955

O S T - D I E N S T

Hinweise auf den
Inhalt:

| | | |
|--|-------|---|
| Die "Arbeiterkonferenz" in Leipzig | Seite | 1 |
| Ulbricht-Krise nur vertagt | Seite | 3 |
| Moskau-Reisende als Agenten mißtraucht | Seite | 5 |
| Nachrichten aus der Sowjetzone | Seite | 7 |

Die dritte Runde

OD. Zur gleichen Zeit, da im Mittelpunkt des Weltinteresses die Moskareise der westdeutschen Regierungsdelegation stand und das Wort von der "friedlichen Koexistenz" auf neuen Glanz poliert wurde, haben es die Führer der SED für notwendig gehalten, in Leipzig eine neue "Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz" durchzuführen. Es war die dritte Veranstaltung dieser Art, mit der man eine "gesamtdeutsche Aktionseinheit der Arbeiterklasse" unter kommunistischer Führung vortäuschen will. Wenn die Berichte der SED-Zeitungen stimmen, haben 4.200 Funktionäre daran teilgenommen, und diesmal seien sie nicht nur aus der Sowjetzone und der Bundesrepublik gekommen, sondern auch aus dem Saargebiet.

ULBRICHT, der aus zwielichtiger Versenkung wieder aufgetauchte SED-Chef, leitete wieder eine Diskussion, deren Regie von vornherein nur solche Fragen zuließ, die auf der Linie der SED-Propaganda lagen. Allein die Fragenstellung der "westdeutschen und saarländischen" Gäste entlarvte, daß es sich bei den angeblichen Sozialdemokraten und Freigewerkschaftlern aus dem Westen um verkappte Kommunisten handelt, wobei es natürlich weitgehend offenbleiben muß, ob diese dunklen Existenzen ihre behaupteten Heimatorte jemals gesehen haben, oder ob sie von irgendeiner Parteschule der SED zum Leipziger Maskenball abkommandiert waren.

SPD-Pressedienst
OD/X/17

19. 9. 1955

Maskenball ist schon deshalb die einzig richtige Bezeichnung für die Veranstaltung, weil die Teilnehmer sich nur unter Decknamen vorstellten und alles geschah, daß keiner von keinem erkannt wurde.

Es wäre müßig, diese Leipziger Konferenz zu behandeln, zumal die vorigen Veranstaltungen dieser Art völlig wirkungslos geblieben sind, wenn nicht einige neue Seiten aufgezogen worden wären. Der Begriff von der "Annäherung der beiden Teile Deutschlands", der in sowjetischen und kommunistischen Deklarationen seit der Genfer Konferenz eine so bedeutsame Rolle spielt, wurde nämlich ein wenig näher definiert. Kein anderer als ULBRICHT sprach den Satz aus, immer breitere Kreise der westdeutschen Bevölkerung legten ein "Treuebekenntnis zur Arbeiter- und Bauernmacht der DDR ab". Zwischen diesen SED-Anhängern im Westen und der SED in der Zone würde durch die Politik der demokratischen Parteien der Bundesrepublik ein Damm aufgerichtet, der durchbrochen werden müsse. Deutlicher konnte es ULBRICHT nicht zu verstehen geben, daß die Herrschaften in Pankow bis heute nicht einmal im Traum ihre Pläne aufgegeben haben, die Wiedervereinigung unter kommunistischer Vorzeichen zu vollziehen.

Auch über den Weg, diese Pläne zu verwirklichen, hat man sich lang und breit ausgelassen. Das Schlagwort "Aktionseinheit", mit dem man dort den Begriff "Infiltration" schamhaft zu umschreiben pflegt, spielt die entscheidende Rolle. Die kommunistischen Agenten sollen sich verstärkt an Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften heranmachen, um hier den Boden für einen Einbruch der kommunistischen Ideologie zu bereiten. Das unausgesprochene Binständnis, daß man in Pankow nach wie vor den freiheitlichen demokratischen Sozialismus als Haupthindernis zur Verwirklichung seiner Pläne ansieht, liegt klar in dieser Anweisung zu Tage.

Schon zu Beginn der Ko-Existenz-Kampagne der Sowjets hat CHRUSCHTSCHOW klar zu verstehen gegeben, daß er zu einer Ko-Existenz mit den verschiedensten Kräften der Weltpolitik bereit sei, nur in Bezug auf die Auseinandersetzung mit den Ideen des freiheitlichen Sozialismus sagte er sein kategorisches "No coexistence - Keine Ko-Existenz!" Es hätte

SPD-Pressedienst
03/X/17

19. 9. 1955

dieses Wortes nicht bedurft. Der demokratische Sozialismus und die deutsche Sozialdemokratie haben nämlich bewiesen, daß sie für trojanisches Liebesgeflüster ideologischer Infiltrations-Agenten taube Ohren haben. Das war zur Zeit des Kampfes gegen die Zwangsvereinigung so, und das hat sich nicht geändert und wird sich nicht ändern. In unserem Kampf für die Wiedervereinigung Deutschlands kennen wir ebensowenig einen Kompromiß auf Kosten der Freiheit, wie wir uns auf Infiltrationsversuche von dieser Seite einlassen werden. In der Zentrale der SED täte man gut daran, die Hoffnung auf eine "Volksfront neuen Typus" zu begraben, und in Moskau wäre man gut beraten, diese politischen Realitäten als harte Fakten endlich zur Kenntnis zu nehmen und nicht den Märchenerzählungen der ULBRICHT, GROTEWOHL und Konsorten Glauben zu schenken. Vielleicht sollte man auf sowjetischer Seite sich noch einmal die Berichte der sowjetischen Untersuchungskommissionen ansehen, die nach dem 17. Juni 1953 Mitteldeutschland bereisten und dort Tatsachen feststellten, die heute noch verbindlich sind. Und man sollte auf sowjetischer Seite auch die Tatsachen zur Kenntnis nehmen, die sich aus der Einheit und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterbewegung unter sozialdemokratischer Führung in Deutschland präsentieren.

+ + +

Ulbrichts Tage bleiben gezählt

03. ULBRICHT hat in den letzten Tagen demonstrativ klarzumachen versucht, daß er wieder oder immer noch da ist. Er tat es bezeichnenderweise mit einer Aktivierung der gesamtdeutschen Anstrengungen, indem er die Übertragung der "Errungenschaften der DDR" auf die Bundesrepublik als nächstes Ziel der Zonenmachthaber proklamierte. Und gerade damit erhellt sich einiges, warum ULBRICHT auch diese letzte Krise überstanden hat. ULBRICHT ist der Inbegriff der kommunistischen Praxis der Spaltung, des Terrors und der Intransigenz geworden. Ganz sicher steht das mit den durch die letzten Vorgänge in Moskau unterstrichenen Interessen der Sowjets am Status quo in einem direkten Zusammenhang.

SPD-Pressedienst
OD/X/17

19. 9. 1955

ULBRICHTs Stern ging auf, als die Sowjets mit der Sowjetisierung der SED die Voraussetzung für das sowjetzonale Satellitenregime schufen, dessen mächtigster Mann ULBRICHT wurde. Die absolute Hörigkeit des Moskauemigranten und seine Skrupellosigkeit war für sie ausreichende Sicherheit, um ihm die Machtpositionen des Satellitenregimes anzuvertrauen. Seine absolute Zuverlässigkeit bei der Durchführung stalinistischer Weisungen auf deutschem Boden machte ihn seit Jahren zur Schlüsselfigur der sowjetischen Deutschlandpolitik. Seine Person wurde eine Funktion der Besatzungspolitik, die heute ohne Einbuße an Schlagkraft der Kaderorganisation nicht ohne weiteres aus dem Spiel gezogen werden kann.

Das erfuhren die Sowjets mindestens zweimal. Einmal nach dem 17. Juni 1953, als die von ihm rücksichtslos vorwärtsgetriebene Sowjetisierung, die Umwandlung der Zone in eine Volksdemokratie, der sowjetischen Deutschlandpolitik jeden Boden zu entziehen drohte. ULBRICHTs Position stellte damals die Einheit der Partei in Frage. Trotzdem wurde er gehalten, weil sich seine Gegner als unbrauchbar erwiesen hatten, mit der notwendigen Brutalität die Rebellion nicht nur der Arbeiter in den Betrieben, sondern auch in der Partei und in den Kadern auszutreten. Durch die Stärkung ULBRICHTs glaubte man außerdem, die persönlichen Rivalitäten im Apparat zur Liquidierung der Kräfte des 17. Juni mobilisieren zu können. Trotzdem festigte sich seine Position erst wieder, als durch die Abkehr vom "neuen Kurs" auch wieder die alten Methoden möglich wurden.

Das zweite Mal war seine Position gefährdet, als Moskau bei der Aussöhnung mit TITO mit dem stalinistischen Dogma brach. Als Exponent des Stalinismus auf deutschem Boden schien seine Person die größte Schwierigkeit für den Wiedereinbau jener politischen Kräfte, die durch ihn selbst einmal wegen titoistischer Gedankengänge aus der Parteiführung ausgeschlossen worden waren. Was ihm diesmal half, war die politische Entwicklung. Seine Beseitigung im Augenblick der Moskauer Gespräche mit Bonn, hätte so eindeutig im Hinblick auf die Kader als Fallenlassen der SED durch Moskau gewirkt, daß man es vorzog, ULBRICHT noch einmal mit einer bloßen Selbstkritik wegkommen zu lassen. Mit Hilfe der sowjetischen Entspannungsabsichten hat ULBRICHT den Sprung vom Stalinismus zu seinen Nachfolgern geschafft.

SPD-Pressedienst
OD/X/17

19. 9. 1955

Trotzdem aber bleibt unwahrscheinlich, daß er diese letzte Krise ohne Schwund an Autorität bei seinen Auftraggebern überstanden hat, die ihn bisher als unangreifbar stempelte. ULRICHTS Stellung beruht auch gegenüber den Kadern heute so eindeutig auf einem Notbehelf Moskaus, als das man von einer Wiederherstellung seiner Position sprechen könnte. Um ULRICHT wird es zweifellos erneut kriseln, wenn die Umstellung innerhalb der Parteiführung auf ein Team nach dem Prinzip der kollektiven Führung vollzogen sein wird. Daß aber wird eine endgültige Entscheidung sein. Vielleicht wird ULRICHT auch weiterhin als Einpeitscher diesem Team angehören, vielleicht aber wird er auch als Gegenleistung für die Aufnahme von Beziehungen mit Bonn aus der vordersten Linie herangezogen. Sicher glaubt man auch in Moskau nicht, daß die Forderung nach gesamtdeutschen Gesprächen anziehender wird, solange man auf der sowjetzonalen Seite einen ULRICHT als Gesprächspartner präsentiert.

Die Krise um ULRICHT ist damit nur vertagt. Die Küsse BULGANIKS besagen nicht viel, ULRICHTS Tage bleiben gezählt.

+ + +

Dickes Ende der Moskaureisen

OD. Per IMICURIST sind in der letzten Zeit viele Bundesbürger in die Sowjetunion gefahren. Man war drüben in letzter Zeit gewiß nicht knauserig, um Globetrotter, Fußballenthusiasten und Freunde des Maisanbaus hinter den "Eisernen Vorhang" zu locken. Potemkin'sche Fassaden, freizügige (leicht alkoholisierte) Bewirtung und dick aufgetragene Herzlichkeit standen den Gästen stets in ausreichender Menge zur Verfügung. Und wenn nicht alles täuscht, wird sich das in nächster Zeit noch steigern.

Niemand hat etwas gegen Reisen in andere Länder, die - wenn sie dem Reisenden den Blick frei geben für die Besonderheiten des Gastlandes - durchaus beitragen zur Völkerverständigung. Wird allerdings dem Reisenden eine rosarote Brille vor die Augen gebunden, beginnt der Fall problematischer zu werden, und verlangt man nach seiner Rückkehr sogar ge-

SPD-Pressedienst
OD/X/17

19. 9. 1955

wisse "Gegenleistungen", dann hört selbst die bestgemeinte Koexistenz auf. Wir wollen nicht um die Sache herumreden: Kurz und gut, es gibt authentische Beweise dafür, daß ehemalige Moskafahrer von kommunistischen Agenten angepeilt werden, die die Aufgabe haben, den ehemaligen Gast des Sowjetlandes zu einem Werkzeug der KP zu machen. Hier ist einer dieser Fälle:

Ein Rückkehrer erhält Besuch, man unterhält sich über die Moskaureise. Der Besucher gewinnt den Moskaureisenden dafür, einen Diskussionszirkel einzuberufen und über seine Erlebnisse zu berichten. Der Reisende hat nichts dagegen, aber in der Veranstaltung passiert es: Sein unbekannter Besucher, auf dessen Initiative die Veranstaltung zustandekam, wird als Apparatschik der KP entlarvt. Ehe er sich empfiehlt, drückt er seinem Reisenden einen Zettel mit weiteren Anweisungen in die Hand. Und diese Anweisungen? Da gibt es eine Disposition für prosovjetiche Propagandareden und detaillierte Vorschläge, wie man die Infiltration auch mit anderen Methoden greifen soll. An Zeitungen sollen Erlebnisberichte gesandt werden, der Reisende soll sich an Sozialdemokraten heranmachen, um sie gegen den Parteivorstand aufzuwiegeln und Stimmung für die KP-Ideologie zu machen, weitere Stuberversammlungen und Diskussionszirkel sind zu organisieren und dergl.

Unser Moskaureisender durchschaute langsam das Spiel, was mit ihm getrieben werden sollte, und handelte danach. Ähnlich taten es eine Reihe anderer. Aber: Wieviele taumeln hier in Abenteuer, deren Gefahren und Auswirkungen sie nicht übersehen können?

Diese Praxis verdient, wachsamem Auge beobachtet zu werden. Wenn sich die Öffnung des "Eisernen Vorhanges", die Angebote von Koexistenz und die Gastfreundschaft als Manöver entlarven, um ein neues Kapitel der Infiltration aufzuschlagen, muß man gewisse Konsequenzen daraus ziehen. Für solch eine "Koexistenz" jedenfalls haben wir nichts übrig, weil sie nicht zu einem "friedlichen Nebeneinander" führen kann, sondern die Spannungen verschärft, Mißtrauen sät und letzterendes nichts anderes ist, als die Fortsetzung des "Kalten Krieges" mit anderen Mitteln. Es wird also notwendig sein, diese Entwicklung einzukalkulieren und Neugierige zu warnen, ehe es zu spät ist. Rechtzeitige Aufklärung jedenfalls ist besser, als später jäh und mit Schrecken aus schönen - Träumen gerissen zu werden.

SPD-Pressedienst
OE/X/17

19. 9. 1955

Nachrichten aus der Sowjetzone:

Versorgungskrise hält an

OD. Die Kampagne über die Errungenschaften der SED in der Sowjetzone, gestartet am Jahrestag der sowjetzonalen Bodenreform, kann davon nicht ablenken, daß in der Sowjetzone wieder einmal die Versorgungskrise herrscht. Der Anschluß an die neue Ernte ist immer noch nicht erreicht. Zwar hat man bereits vor Wochen die Qualität des Brotes nach dem Tiefstand im Sommer wieder verbessert, aber dafür fehlen jetzt die notwendigen Mengen. Kartoffeln und Gemüse sind auch heute noch Raritäten und Schlangen vor den Gemüseläden sind wieder einmal an der Tagesordnung. Aber es sind nicht allein landwirtschaftliche Produkte, die fehlen. Selbst Margarine und Pflöche sind knapp, wenn sie nicht überhaupt fehlen. Die SED versucht, Sündenböcke für die Versorgungsmisere zu finden. Wieder einmal müssen die Funktionäre im Verteilungsapparat herhalten, die angeblich die Desorganisation in der Versorgung verschuldet haben.

Neubauernhäuser werden abgerissen

OD. Im Kreise Seelow wird gegenwärtig eine Reihe von Neubauernhäusern, die vor Jahren im Stil von Kerntypenhäusern errichtet worden waren, wieder abgerissen, da sie sich als völlig unzureichend erwiesen haben. Es fand sich selbst angesichts der Wohnungsknappheit kein Neubauer, der einzichen wollte. Bevor die Häuser ganz verfallen und man wenigstens das Baumaterial retten möchte, hat man jetzt mit dem Abbruch begonnen. Es handelt sich um rund 50 Häuser.

Ausgewiesene Neubauern

OD. Die Neubauern der LPG Thomas MÜNZER in Schönefeld bei Groß haben sich dem Ausweisungsbescheid aus den bisherigen Wohnungen widersetzt. Anlässlich der Bodenreform im Jahre 1945 waren die Stallungen des Gutes zu Wohnungen umgebaut worden. Inzwischen sind die Bauern wieder zu einer LPG zusammengefaßt worden. In den letzten Wochen soll die LPG vom Typ II auf den Typ III, d. h. die völlige Kollektivierung, umgestellt werden. Für die dadurch notwendige Zusammenfassung der Viehbestände sollen jetzt die Bauern aus ihren bisherigen Wohnungen weichen

SPD-Pressedienst
OD/X/17

19. 9. 1955

ohne daß ihnen ausreichender Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Die Empörung der Neubauern richtet sich vor allem gegen den LPG-Leiter, der im Auftrage der SED-Kreisleitung mit allen Mitteln versucht, die renitenter Bauern zur Râson zu bringen.

Vorsicht vor KP-Wühlerei

OD. Nach Informationen aus dem ZK der SED steht die Betriebsgruppenarbeit der westdeutschen KP im Mittelpunkt der zukünftigen Bemühungen. An die KP-Organisation ist bereits seit längerem eine detaillierte Anweisung ergangen, in der ein scharfer Kampf vor allem an den empfindlichen Stellen der westdeutschen Wirtschaft gefordert wird.

Odertreffen eine Pleite

OD. Wie erst jetzt bekannt wird, ist eine Reihe der für den Jahrestag der Unterzeichnung des Görlitzer Abkommens über die Oder-Neiße-Grenze geplanten Feierlichkeiten eine Pleite geworden. In Frankfurt/Oder sollten sich die "fortschrittlichen Kräfte" aus Polen und der Sowjetzone an der Brücke durch Blumensträuße ihre Sympathie bekunden. Die Demonstration scheiterte, weil sowjetische Grenzposten die sowjetzonale Delegation nicht auf die Brücke ließen. Der sowjetische Grenzposten brachte sein MG in Stellung und verhinderte die "Verbrüderung".

An anderen Grenzstellen, z. B. in Kietz bei Küstrin, erschienen auf der Deutschen Seite nicht mehr als 50 Demonstranten, meist "Junge Pioniere", während auf der polnischen Seite ein langer Zug mit Musikkapelle erschienen war. Auf einen polnischen Protest hat das ZK eine Reihe von Rügen gegen SED-Organisationen ausgesprochen, die nicht in der Lage seien, repräsentative Delegationen zu organisieren.

+ + +

Verantwortlich: Stefan THOMAS